

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Polizei, Grundrechte</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Studien / Statistiken</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Buchwalder, Mathias  
Bühlmann, Marc  
Gsteiger, Christian  
Scherrer, Debora  
Schmid, Catalina

## Bevorzugte Zitierweise

Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Gsteiger, Christian; Scherrer, Debora; Schmid, Catalina 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Polizei, Grundrechte, Studien / Statistiken, 2011 – 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Politische Grundfragen	1
Stimmung in der Bevölkerung	1
Rechtsordnung	3
Kriminalität	3
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	4
Verbände	4
Arbeitnehmer, Gewerkschaften	4

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AHV</b>	Alters- und Hinterlassenenversicherung
<b>BFS</b>	Bundesamt für Statistik
<b>OECD</b>	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>StGB</b>	Schweizerisches Strafgesetzbuch
<b>BetmG</b>	Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz)
<b>gfs.bern</b>	Forschungsinstitut gfs.bern
<b>AIG</b>	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration
<b>PKS</b>	Polizeiliche Kriminalstatistik

---

<b>AVS</b>	Assurance-vieillesse et survivants
<b>OFS</b>	Office fédéral de la statistique
<b>OCDE</b>	Organisation de coopération et de développement économiques
<b>UE</b>	Union européenne
<b>CP</b>	Code pénal suisse
<b>LStup</b>	Loi fédérale sur les stupéfiants et les substances psychotropes (Loi sur les stupéfiants)
<b>gfs.bern</b>	Institut de recherche gfs.bern
<b>LEI</b>	Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration
<b>SPC</b>	Statistique policière de la criminalité

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Politische Grundfragen

#### Stimmung in der Bevölkerung

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.05.2012  
MARC BÜHLMANN

In einer von der ETH durchgeführten Studie „Sicherheit“ wurde das **Vertrauen** der Schweizer Bevölkerung in verschiedene Institutionen abgefragt. Dabei wurde eine markante Zunahme des Vertrauens in die Polizei (7,6 Punkte auf einer Skala von 1 bis 10), die Gerichte (7,0), den Bundesrat (6,8) und ins Parlament (6,2) gemessen. Nach wie vor lediglich mittelmässig ist laut der ETH-Studie hingegen das Vertrauen in die Parteien (5,1) und die Medien (5,1).<sup>1</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 31.12.2015  
MARC BÜHLMANN

Auch 2015 wurden sowohl gemäss Sorgenbarometer als auch gemäss ETH-Sicherheitsbericht den Gerichten als Institution sehr viel Vertrauen entgegengebracht. Das **Institutionenvertrauen** ist Teilbereich beider jährlich erscheinender Publikationen. Die beiden Befragungen sind freilich aufgrund unterschiedlicher Skalen nicht direkt miteinander vergleichbar. Bei beiden findet sich aber das Vertrauen in den Bundesrat ebenfalls auf den vorderen Plätzen. In beiden Studien hat das Regierungsvertrauen im Vergleich zu 2014 zugenommen. Unterschiedliche Befunde zeigen die beiden Studien bezüglich der Polizei und der Armee. Während im ETH-Bericht der Polizei am meisten Vertrauen von allen acht abgefragten Institutionen (noch vor der eidgenössischen Judikative) entgegengebracht wird, findet sich das Vertrauen in die Ordnungshüter im Sorgenbarometer – hier wurde das Vertrauen in 20 unterschiedliche Akteure erhoben – lediglich auf Rang 4 (hinter Bundesgericht, Bundesrat und Nationalrat). Der Armee wird laut dem Sicherheitsbericht der ETH leicht mehr Vertrauen entgegengebracht als dem eidgenössischen Parlament. Im Sorgenbarometer hingegen ist das Vertrauen in den National- und in den Ständerat recht deutlich höher als dasjenige in die Armee. Einigkeit herrscht bei beiden Befragungen hinsichtlich der politischen Parteien und der Medien, denen vergleichsweise wenig Vertrauen entgegengebracht wird, wobei dies beim differenzierteren Sorgenbarometer insbesondere für die Gratiszeitungen und weniger für Radio und bezahlte Zeitungen gilt.<sup>2</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 06.12.2018  
CHRISTIAN GSTEIGER

Laut dem von der Credit Suisse beim gfs.bern in Auftrag gegebenen **Sorgenbarometer** bereiteten den Schweizerinnen und Schweizern im Umfragejahr 2018 die Altersvorsorge am meisten, die Gesundheit und Krankenkassen am zweitmeisten Sorgen. Der Rentensicherung ordneten die Befragten dabei höchste politische Priorität zu, wobei hierzu die gescheiterte AHV-Reform beigetragen haben dürfte, wie im Bericht festgestellt wurde. Während zwar die Zahl der in die Schweiz geflüchteten Menschen leicht zurückgegangen sei, hätten die Kategorien «AusländerInnen» (dritter Platz) sowie «Flüchtlinge und Asyl» (vierter Platz) erstmals seit drei Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Neu fand sich im Untersuchungsjahr auch die Umweltthematik unter den Top Fünf, was laut Bericht einerseits dem trockenen und heissen Sommer, andererseits aber auch dem in den Medien sehr präsent diskutierten Klimawandel zuzuschreiben sei.

Wohl erstaunlichstes Resultat sei jenes bezüglich der Arbeitslosigkeit. Diese, eigentlich eine Dauersorge der Schweizer Bevölkerung, gehöre erstmals seit den Neunzigerjahren nicht mehr zu den fünf dringendsten Problemen. So schätzten insgesamt 85 Prozent der Befragten ihren Arbeitsplatz als gesichert ein. Dabei fühlten sie sich auch nicht durch Entwicklungen wie der zunehmenden Digitalisierung bedroht: 75 Prozent der Umfrageteilnehmenden hielten es für unwahrscheinlich, dass sie ihren Job an einen Roboter abtreten müssten.

Über das **Vertrauen in die Institutionen** befragt, gaben 61 Prozent an, der Regierung zu vertrauen, womit dieser Wert weit über dem OECD-Schnitt von 43 Prozent liegt. Ein noch höheres Vertrauen habe die Bevölkerung gemäss Studie aber in die Justiz: Mit 70 Prozent belegten das Bundesgericht und die Polizei auf der Rangliste gemeinsam den ersten Platz. Auf dem zweiten Platz lagen die Armee und die Nationalbank. Einen Vertrauensverlust mussten unterdessen die politischen Parteien verzeichnen: Nur noch 39 Prozent der Befragten, also 13 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr, vertrauten laut der Umfrage den Parteien. In dieses «politkritische Bild» der Schweiz passe denn auch der zurückgegangene Nationalstolz: Im Erhebungsjahr gaben 79 Prozent an, stolz darauf zu sein, Schweizerin oder Schweizer zu sein, was einem Rückgang von elf

Prozentpunkten gegenüber der Vorjahresumfrage entspreche.<sup>3</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 05.12.2019  
CHRISTIAN GSTEIGER

Wie bereits im Vorjahr führte die Altersvorsorge die Rangliste des vom Forschungsinstitut gfs.bern erstellten **Sorgenbarometers 2019** an. Mit dieser jährlich von der Credit Suisse in Auftrag gegebenen Studie werden die Sorgen der Schweizer Bevölkerung eruiert. Insgesamt blieben die fünf grössten Sorgen im Vergleich zum Vorjahr beinahe unverändert. Eine Ausnahme bildete lediglich der fünfte Platz, welcher von der Sorge um die Arbeitslosigkeit belegt wurde, die damit wieder nach vorne in die gewohnten Topplätze gerückt war. Auf die AHV auf dem ersten folgte die Kategorie «Gesundheit, Krankenkassen» auf dem zweiten Platz, während die Sorge aufgrund von «AusländerInnen» auf dem dritten Platz landete. Einen Platz nach vorne gerückt war die Kategorie «Umweltschutz/Klimawandel/Umweltkatastrophe», die Kategorie «Flüchtlinge/Asyl» hingegen fiel auf den neunten Platz zurück. Hierbei, so eine These der Studie, sei bemerkenswert, dass gleichzeitig die Sorge um die persönliche Sicherheit (sechster Rang) um elf Prozentpunkte zugelegt habe. Das Narrativ, in welchem Flüchtlinge als «Sicherheitsbedrohung von aussen» dargestellt würden, funktioniere somit nicht mehr. Überhaupt konnte die Studie keine Gründe für die Sicherheitsbedenken ausmachen, denn etwa auch die Angst vor Terrorismus oder Fundamentalismus stieg nicht an. Der Kern dieser Sicherheitsbedenken sei noch zu klären.

Von der Politik verlangten die Schweizerinnen und Schweizer rasche Lösungen zu innenpolitischen Themen, so Lukas Golder von gfs.bern und Co-Leiter der Studie. Auf die Frage, welche Probleme am dringendsten von den Politikerinnen und Politikern angegangen werden müssten, nannten die meisten Umfrageteilnehmenden denn auch die Rentenreform, wie dies bereits im Jahr zuvor der Fall gewesen war. Neu war, dass 2019 die Umweltfragen auf dem zweiten Platz der am dringendsten zu lösenden Probleme landeten. Anscheinend waren die Befragten diesbezüglich von den Politikerinnen und Politikern enttäuscht, denn 46 Prozent gaben an, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Themen, wobei 83 Prozent anfügten, der Bundesrat müsse «seine Führungsrolle besser wahrnehmen». Noch im vergangenen Jahr lag das Vertrauen in den Bundesrat bei 61 Prozent und auch sonst war das Vertrauen in die Institutionen vergleichsweise hoch. Dies habe sich geändert: Von der EU, über die Kirchen, zu den Arbeitsvertretungen, bis hin zu den politischen Parteien wiesen viele **Institutionen einen Vertrauenseinbruch** aus, welcher nicht selten 20 Prozentpunkte betrug. Auch die Armee, im Vorjahr noch auf dem zweiten Platz, verlor in gleichem Ausmass an Vertrauen in der Bevölkerung. Bemerkenswert war hierbei, dass sich 90 Prozent der Befragten eine grössere Anerkennung von Freiwilligenarbeit wünschten, wobei sich 74 Prozent der Befragten vorstellen konnten, dass «obligatorische Dienste als Alternative zum Militärdienst» hier Abhilfe schaffen würden. Einzig die Polizei verzeichnete einen kleinen Vertrauensanstieg und belegte neu den ersten Platz – was im Hinblick auf die Sorge um die persönliche Sicherheit eine passende Entwicklung sei, wie die Studie abschliessend feststellte.<sup>4</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 12.12.2020  
MATHIAS BUCHWALDER

Sans surprise, **la pandémie de coronavirus** et ses conséquences font une entrée fracassante **dans le baromètre des préoccupations** du Credit Suisse **2020**. Ce thème arrive en tête de l'étude réalisée par l'institut de recherche gfs.bern, qui a interrogé des citoyens et citoyennes suisses sur leurs principales préoccupations et sur les caractéristiques de l'identité du pays. C'est la première fois en 44 ans qu'une nouvelle préoccupation arrive aussi nettement en haut du classement. En effet, 51 pour cent des personnes sondées ont cité la pandémie parmi les cinq plus gros problèmes auquel la Suisse fait face. Suivent dans le classement le thème de l'AVS et de la prévoyance vieillesse (37%), qui occupait la première place depuis 2017, et l'inquiétude liée au chômage (31%), elle aussi en augmentation, sans doute en lien avec la pandémie. Le thème de l'environnement et du climat, mentionné par 29 pour cent des personnes sondées, occupe la quatrième place. Il est néanmoins considéré comme le deuxième problème le plus urgent à résoudre, seulement précédé par la pandémie de coronavirus. Le top-5 des préoccupations des suisses et suissesses est complété par la catégorie «étrangers» avec 28 pour cent. Si l'on met de côté la pandémie, les préoccupations de la population sont relativement similaires aux années précédentes. Certaines thématiques telle que la prévoyance vieillesse, la protection environnementale ou la question des étrangers, même si toujours considérées comme importantes, sont néanmoins devenues moins urgentes aux yeux des citoyens et citoyennes, alors que l'inquiétude face au chômage est elle

revenue sur le devant de la scène, sans pour autant atteindre les niveaux records des années 90, comme le souligne Lukas Golder, le co-directeur de gfs.bern.

Parmi les autres questions posées aux personnes sondées figurait celle des éléments les plus importants de la sécurité du pays. Mises en lumière par la pandémie, les questions d'approvisionnement arrivent en tête de liste. Ce sont la sécurité de l'approvisionnement en énergie, l'approvisionnement autonome en matériel médical ainsi que la sécurité de l'approvisionnement en marchandises qui cristallisent l'attention, en adéquation avec le fait que 87 pour cent des personnes sondées se disent plutôt ou tout à fait d'accord avec la proposition de rapatrier en Suisse, avec l'aide de l'État, certains processus de production.

La confiance dans les institutions est elle en hausse par rapport à l'année précédente. La police conserve sa première place en ayant la confiance de 70 pour cent de la population, suivie par le Conseil fédéral avec 68 pour cent et un gain de 18 points de pourcentage. Le Parlement fédéral (Conseil des États: 51%, +7 pp; Conseil national: 48%, +8 pp) et l'administration publique (48%, +8 pp) progressent également. Selon Lukas Golder, cela s'explique par la bonne maîtrise de la première vague de la pandémie. Il convient cependant de relever que l'étude a été réalisée au cours de l'été, au moment où le nombre de contaminations était bas et les conséquences de la deuxième vague ne se faisaient pas encore sentir.

L'étude montre également un intérêt grandissant de la population pour les questions politiques, avec 85 pour cent des personnes sondées qui se disent très ou plutôt intéressées par la politique. Enfin, les suisses et suissesses évaluent toujours leur situation économique personnelle de manière positive, même si la part des personnes s'attendant à une dégradation de celle-ci ou s'inquiétant pour leur avenir n'a jamais été aussi grande (19%).<sup>5</sup>

## Rechtsordnung

### Kriminalität

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 23.03.2020  
CATALINA SCHMID

Gemäss der im März 2020 veröffentlichten **Kriminalstatistik 2019** waren die Widerhandlungen gegen das StGB (432'000, -0.2%) sowie gegen das BetmG (75'757, -0.7%) im Vorjahresvergleich zum siebten Mal in Folge zurückgegangen – wenn auch nur schwach. Die Zahl ersterer befand sich auf dem tiefsten Stand seit der Statistikrevision im Jahr 2009. Nachdem die Verstösse gegen das ALG 2018 noch zugenommen hatten, verzeichnete die PKS 2019 mit 37'024 erfassten Straftaten auch hier eine Reduktion um 3.6 Prozent.

In der Regel stellen die Vermögensstraftaten den grössten Posten in der PKS dar – so auch 2019. Mit 286'207 polizeilich erfassten Fällen machten sie rund zwei Drittel der Widerhandlungen gegen das StGB aus, womit ihre Zahl im Vorjahresvergleich leicht gesunken ist (-0.8%). In der Kategorie der Straftaten gegen das Vermögen verzeichnete die PKS 2019 unter anderem beim Diebstahl (ohne Laden- und Fahrzeugdiebstahl; -2%) und bei den Einbruchdiebstählen (-8%) rückläufige Zahlen, wobei der Polizei im Durchschnitt 100 Einbrüche pro Tag bekannt waren (2018:106; -6 p.T). Neben einer beobachteten Zunahme beim Raub (+13.9%) erreichten die Betrugsfälle mit einer Zunahme von 7,9 Prozent 2019 ihren höchsten Wert seit 2009. Gemäss dem BFS sei dies unter anderem auch auf den Einfluss der digitalen Kriminalität zurückzuführen. Seit einigen Jahren zunehmend sind gemäss Polizei zudem Ehrverletzungen und strafbare Handlungen gegen den Geheim- oder Privatbereich. Im Jahr 2019 betrafen diese konkret die Verletzung des Geheim- oder Privatbereichs durch Aufnahmegeräte (+7,0%) sowie Verzeigungen wegen Beschimpfung (+8,5%), wobei letztere den höchsten Wert seit 11 Jahren erreichten. Die Zunahme bei den Sexualstraftaten um 9.2 Prozent auf 8'189 Fälle lasse sich durch die Zunahme bei der Pornografie (+56.1%) sowie auch bei den Vergewaltigungen (+8.5%) erklären, so das BFS. Abnahmen hält die PKS hingegen bei den Zahlen der sexuellen Handlungen mit Kindern (-10,7%), der illegalen Prostitution und dem Exhibitionismus (-9,8%) fest. 2019 wurden bei der Polizei insgesamt 1'531 schwere Gewaltstraftaten angezeigt, womit ihre Zahl im Vergleich zu 2018 um 7.4 Prozent zugenommen habe. Diese Zunahme wird in der PKS mit der Zunahme bei der schweren Körperverletzung (+8.9%) und bei den Vergewaltigungen erklärt. Bei den Tötungsdelikten zählt die Kriminalstatistik 161 versuchte (2018: 149; +12) und 46 vollendete Tötungen (2018: 50; -4). 29 der 46 vollendeten Tötungsdelikte erfolgten im häuslichen Bereich, wobei es sich in 14 Fällen um innerhalb der Partnerschaft getötete Frauen und in 9 Fällen um durch Elternteile getötete Kinder handelte. Besorgniserregend seien diese überdurchschnittlichen Zahlen insbesondere vor dem Hintergrund der anlaufenden Corona-Pandemie und den Befürchtungen, dass

andauernde Ausgangsbeschränkungen eine weitere Zunahme der häuslichen Gewalt mit sich ziehen könnten, kommentierte die NZZ.

Bei den Personen, die mit einem Verstoß gegen das StGB beschuldigt wurden, zeigte sich im Vorjahresvergleich mit 81'709 Fällen ein Anstieg um rund 1.7 Prozent. Wie das BFS erklärte, sei diese Erhöhung in absoluten Zahlen auf die Zunahme bei den beschuldigten Minderjährigen zurückzuführen (+14.2%), deren Zahl in den beiden Jahren zuvor abgenommen hatte. Während die Zahl der beschuldigten jungen Erwachsenen mit einer Reduktion von 2.2 Prozent auf ihrem tiefsten Stand seit der Statistikrevision 2009 angelangte, erreichten jene der beschuldigten Erwachsenen hingegen den höchsten Wert seit 2009 (+0.9%).

Rund die Hälfte der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz entfielen 2019 auf den Konsum von Betäubungsmitteln, die um 3.4 Prozent zurückgegangen waren. Die PKS verzeichnete beim Handel (-6.5%) sowie beim Abbau und der Herstellung (-16.0%) Rückgänge, wohingegen der Schmuggel (+36.6%) und der Betäubungsmittelbesitz (+1.1%) zunahm.

Der Rückgang der Straftaten gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz im Gesamten sei damit zu erklären, dass Widerhandlungen gegen zwei Verordnungen der Kategorie «übrige Straftaten» teilweise nicht mehr erfasst würden, so das BFS, denn «[o]hne diese Kategorie ergäbe sich keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr». Im AIG erfasste die PKS eine Abnahme bei der illegalen Erwerbstätigkeit oder Beschäftigung (-13.4%) sowie eine Zunahme der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts (+2%).<sup>6</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Verbände

#### Arbeitnehmer, Gewerkschaften

**Travailsuisse** machte in einer Studie darauf aufmerksam, dass ein Arbeitskräftenotstand bestehe. Bis 2030 könnten bis zu 400 000 Stellen, vor allem in den Bereichen Pflege, Schule und Polizei nicht besetzt werden. Der Verband forderte zudem eine Öffnung für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern, aufgrund des bisher nicht anerkannten Mangels an weniger gut qualifizierten Arbeitskräften für die Pflege und Haushaltshilfe.<sup>7</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 26.10.2011  
DEBORA SCHERRER

1) Lit. Szvircsev Tresch et al. (2012) Sicherheit 2012; NLZ, 26.5.12.

2) Lit. Credit Suisse 2015 (Sorgen); Lit. Szvircsev Tresch et al. 2015

3) Credit Suisse (2018). Sorgenbarometer

4) Credit Suisse (2019). Sorgenbarometer.pdf; Blick, 5.12.19

5) Credit Suisse (2020) Sorgenbarometer; AZ, NZZ, 20.11.20

6) Medienmitteilung BR vom 23.3.20; Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahresbericht 2019; NZZ, 24.3.20

7) BZ, 25.5 und 26.10.11.